

53. Sitzung des Bundesrates vom 16. August 1952

Vorsitz: Herr Vizepräsident Etter.  
Abwesend: Herren Bundespräsident Kobelt und Bundesräte Escher und Feldmann.  
Schriftführer: Herren Bundeskanzler Oser und Vizekanzler Weber.  
Protokolle: Die Protokolle der 46., 47. und 48. Sitzung werden genehmigt.  
Beginn: 09.00 Uhr. Schluss: 11.20 Uhr

Uhrenzölle in den USA.

Herr Petitpierre übernimmt es, Herrn Minister Bruggmann ein Glückwunschtelegramm des Bundesrates zu schicken.

Die Gesandtschaft der USA hat eine Erklärung an die Presse abgegeben und wünscht von uns ebenfalls eine solche Erklärung. Wir werden der Presse sagen, dass der Bundesrat über den Entscheid sehr zufrieden ist. Dieser werde sehr gute Folgen haben, nicht nur für die Schweiz.

Was meine Besprechung mit Herrn Draper betrifft, so habe ich über verschiedene Probleme gesprochen, jedoch nicht über unsere Landesverteidigung. Es handelte sich um die Erhebung der amerikanischen Gesandtschaft in eine Botschaft, über Wirtschaftsfragen, Referendum und Initiative, Landflucht, Fremdarbeiter, OEC, Uhrenzölle, Washingtoner Abkommen, deutsche Schulden.

Das Staatsdepartement legt grössten Wert darauf, dass die Gesandtschaft zur Botschaft erhoben wird. Wurde wieder nach USA eingeladen. Das Gespräch hatte keinerlei Verbindung mit den Waffenlieferungen. Wenn die Journalisten fragen, soll man erklären, dass diese Fragen nicht zur Sprache gekommen sind.

Beobachter für den Waffenstillstand in Korea.

Herr Petitpierre: Unangenehme Geschichte. Wir haben erklärt, dass wir auf eine offizielle Anfrage hin ja sagen werden. Abkommen zwischen UNO-Truppen und Nordkoreaner und China wonach Schweiz, Schweden, Polen und Ungarn als neutrale Beobachter anerkannt wurden. Nicht eine neutrale, von beiden ernannte Kommission, sondern Kommission aus der von jeder Gruppe ernannten Neutralen. Wir sind die Neutralen der USA und der UNO, also die Neutralen der einen kriegführenden Gruppe mit Einverständnis der andern Gruppe. Die Stellung unserer Beobachter wird sehr schwierig sein. Polen und Ungarn werden nie einen Fehler ihrer Gruppe anerkennen. Wir sind die wirklich Neutralen, die andern nur Satelliten.

Sollen wir zustimmen oder nicht? Schwierig negativ zu antworten, weil wir als Neutrale in einer Sache des Friedens angegangen worden sind. Wir können vielleicht zustimmen unter Bedingungen und erklären, wie wir unsere Beteiligung bei der Kontrolle ausgelegt wissen wollen.

Wollen Sie über das Problem nachdenken? Ich könnte Bericht schicken und evtl. Antrag stellen.



Herr Etter: Wir wollen Bericht abwarten. Prima vista scheint mir, dass wir uns der Aufgabe nicht entziehen können. Neutralität wird nicht tangiert.

Herr Rubattel: Können wir nicht erreichen, dass wir in einer gemeinsamen Erklärung beider Gruppen als neutrale Beobachter bezeichnet werden?

Herr Petitpierre: Das würde heissen, dass sie eine neue Einigung über eine Klausel suchen müssen, über die sie sich in jahrelangen Verhandlungen schliesslich geeinigt haben.

Herr Rubattel: Können wir nicht doch gewisse Präzisierungen unserer Stellung erhalten?

Herr Petitpierre: Wir werden es versuchen. Wir werden die Angelegenheit mit dem Abgesandten, den uns Schweden geschickt hat, weiterverfolgen. Er wird hier bleiben. Er war beim Israelkonflikt mit dabei.

Herr Weber: Die Schwierigkeit entsteht draus, dass Russland uns nicht als neutralen Staat anerkennt.

#### Abkommen über deutsche Schulden.

Herr Petitpierre: Wir haben noch keine Beschlüsse, hingegen den Entwurf für ein Communiqué. Die Verhandlungen gehen weiter über Clearingmilliarde und Washingtoner Abkommen. In einem Monat hofft man Einigung über beide Fragen zu haben. Wir möchten die Frage der deutschen Schulden endgültig liquidieren.

Herr Weber: Haben Beschluss gefasst über Abgeltung der eigentlichen Clearingmilliarde.

Offen blieb noch Regelung der 177 Millionen. Diese Abgeltung muss noch fixiert werden. Wir haben das Politische und das Finanz- und Zolldepartement ermächtigt, die Angelegenheit in gemeinsamem Einverständnis zu erledigen. Wir warten bis Dienstag, wenn keine Einigung, Entscheidung des Bundesrates.

Herr Weber verliest ein Pressecommuniqué, das genehmigt wird.

Beschluss: Es wird beschlossen, vorläufig der Delegation volle Handlungsfreiheit zu lassen.

Herr Weber: Wir wollen den Deutschen vorschlagen, dass die Summe, die anerkannt wird, in der Montanindustrie investiert werden kann. Wir hoffen, damit höheren Betrag zu bekommen.

#### Essen der deutschen Gesandtschaft zu Ehren von Herrn Adenauer.

Herr Petitpierre: Das Essen soll am 27. August stattfinden. Wir wollten etwa drei Mitglieder des Bundesrates abordnen. Wer, soll später bestimmt werden.

#### Memorandum über die Selbständigkeit Oesterreichs.

Herr Petitpierre: Der österreichische Gesandte hat mir ein Memorandum überreicht in Zusammenhang mit der negativen russischen Antwort.

Beschluss: Das Schreiben wird durch das Politische Departement in Zirkulation gesetzt.

Begnädigungsgesuch Brunner.

Auf Antrag von Herrn Etter werden Akten in Zirkulation gesetzt. Herr Etter verweist auf den Bericht der Anstaltsleitung, die Begnadigung empfiehlt. Arzt erklärt, dass eine weitere Inhaftierung zu seelischer Zerrüttung führen könnte.

Materialanschaffungen zu Lasten des Kontos "Erlös aus altem Kriegsmaterial".

Herr Etter: Es liegt ein Gegenantrag des Finanz- und Zolldepartementes vor, die Finanzdelegation noch zu begrüssen.

Herr Petitpierre: Handelt es sich um Kredite ausser Budget?

Herr Weber: Es sind Summen dabei, die man hätte voraussehen und im Budget berücksichtigen können. Die Beanspruchung des Fonds ist nicht unserem Beschluss entsprechend beantragt.

Herr Rubattel: Das Militärdepartement hat drei Quellen für die Finanzierung der Rüstung. Wir kommen auf 800 Millionen. Wir sollten bremsen. Es ist eine grundsätzliche Frage, deshalb warten bis Herr Kobelt da ist.

Herr Weber: Es ist nicht richtig, dass man von diesem Fonds, der 18 Millionen beträgt, 17 Millionen verwendet. Wenigstens ein Teil der Finanzierung hätte auf dem ordentlichen Wege erfolgen sollen.

Beschluss: Kanzleitisch.

Revision der Finanzartikel der BV.

Herr Etter: Habe gewünscht, den Bericht an einer Sitzung des Bundesrates zu besprechen. Bundesrat wird in keiner Weise festgelegt. Bericht beschränkt sich auf Tatsachenfeststellung. An der schätzungsweisen Beurteilung der Einnahmen und Ausgaben wird der Fehlbetrag errechnet. Es handelt sich bei der Konferenz vom 3. September um eine rein konsultative Fühlungnahme mit der Vertretern der eidg. Räte.

Herr Weber: Zuerst habe ich einige Mitglieder der Räte konsultiert. Dann konsultative Konferenz für Revision der Finanzartikel (nicht Expertenkonferenz, wie Finanzverwaltung geschrieben hat).

Noch keine Stellungnahme des Bundesrates. Auf Grund der Befragung Bericht. Dann erster Entwurf.

Herr Rubattel hat die Frage aufgeworfen, ob nicht eine nur mündliche Orientierung genügen würde. Gewisse Zahlen möchten die Herren schriftlich haben, damit sie die Sache besser studieren können.

Man hat eingewendet, dass wir die wirtschaftlichen Spitzenverbände statt der politischen hätten beiziehen sollen. Es sind die Vertreter der grössten wirtschaftlichen Gremien dabei. Nach dieser Fühlungnahme noch Fühlungnahme mit den Spitzenverbänden.

Was geschieht mit Ausgaben? Bei Vorbereitung der Bundesfinanzreform hat man Ausgabenplan vorbereitet und diskutiert. Wir müssen nun zuerst die Verfassungsgrundlage haben. Es geht noch nicht um die Höhe.

Nach dem Entscheid des 6. Juli haben wir nochmals alle Subventionen überprüft.

Gewisse Massnahmen zur Einschränkung der Ausgaben werden wir vorschlagen, aber separat, damit es keine Verzögerung gibt. Auch Personalabbau wird neu geprüft. Eine Ausdehnung der Luxussteuer nicht möglich. Mehr als 20 Mio bringen wir nicht heraus.

Auf Vorschläge werden wir nicht eintreten. Wir fragen nur, halten Sie das für möglich. Wir wollen abklären, wo ist starke Opposition, wo ist schwächste Opposition.

Der Bundesrat braucht noch nicht Stellung zu nehmen. Ich möchte Bericht möglichst rechtzeitig zustellen. Spätestens an der Dienstag-sitzung erledigen. Herr Feldmann hat sich einverstanden erklärt.

Herr Petitpierre: Das Verfahren, das wir einschlagen, ist sehr wichtig und der Entscheid des Volkes hängt davon ab.

Ich glaube nicht, dass viel zu erwarten ist von dieser Konsultierung. Ich weiss jetzt schon, welche Stellung jeder nimmt.

Ich hätte gedacht, der Bundesrat sollte zuerst eine bestimmte Stellung beziehen. Man sollte mit der Kommission das Vorgehen besprechen, sie aber orientieren über die Absichten des Bundesrates. Diskussion soll nicht zu Beschlüssen führen, nicht einmal zu solchen, die den Bundesrat nicht binden würden.

Frage, die man ihnen auch unterbreiten sollte: Soll die Finanzreform als Gesamtlösung vorgelegt werden, oder soll das Volk über die einzelnen Elemente der Steuer gesondert beschliessen. Ich bin nicht Verteidiger einer solchen Lösung, aber man sollte sie in der Kommission prüfen.

Zum Text der Botschaft:

Seite 4: Ist eine Amortisation der Schulden vorgesehen? Sollte man nicht neben den Zinsen auch gewisse Amortisation vorsehen?

Seite 6: Der Ausdruck "campagnes internationales" ist unverständlich; statt dessen sagen "participation à des organisations internationales et actions d'entraide internationales".

Seite 7: Sollte man nicht Durchschnittszahlen nehmen?

Seite 10: Anspielung auf Biersteuer, die man auf dem Wege der Gesetzgebung einführen will, würde ich fallen lassen.

Herr Rubattel: Es genügt mir, dass kein Experte bestellt wird. Alle schriftliche Dokumentation bringt gewisse Gefahren, dass man festgelegt ist. Vielleicht verzichten, die einzelnen Massnahmen irgendwie zu bewerten.

Bei der Rüstungsfinanzierung haben die Parteien den Standpunkt des Bundesrates verteidigt. Gewisse Wirtschaftsverbände haben Gegenaktion gemacht. Deshalb sollten wir auch Wirtschaftsvertreter konsultieren.

Die Konferenz soll keine Beschlüsse fassen, aber es soll auch nicht zu einer Festlegung der persönlichen Standpunkte kommen.

Auch über die Ausgaben sollte man die Auffassung der Konferenz kennen.

Ich bin erstaunt, dass man wieder mit den gleichen Steuerprojekten kommt. Hat man keine weiteren Möglichkeiten gefunden?

Herr Etter: Der Ausdruck "Expertenkommission" hat einige Verwirrung gestiftet. Irrtum klargestellt. Es handelt sich nur um konsultative Fühlungnahme.

Am meisten Aussichten hat m.E. eine Bundeseinkommensteuer mit zeitlicher Beschränkung und sachlicher Zweckbestimmung. Vielleicht noch Schuldentilgung dazu nehmen. Beste Lösung Einkommensteuer nach Zweck und Zeit beschränkt.

Herr Weber: Der Ausdruck "Expertenkonferenz" findet sich nur im Schreiben an den Bundesrat. Konferenz soll sich nicht festlegen, sondern nur Präferenzen mitteilen und Vor- und Nachteile abklären. Die Frage, ob man Steuern einzeln zur Abstimmung bringen sollte, stellt sich noch nicht, weil ich zuerst Verfassungsbestimmung zur Abstimmung bringen will. Wir können nicht alles in der Verfassung regeln. Zuerst gibt es eine Aenderung der Verfassung und dann folgen die einzelnen Projekte auf Grund dieser Bestimmung.

Werde den Entwurf noch durchsehen wegen Abschreibungen im Sinne der Diskussion.

Was Amortisation betrifft, so hat das Volk dazu "nein" gesagt! Deshalb ist es schwer zu sagen, dass wir das und das tilgen müssen. Was die internationalen Aufwendungen betrifft, werde ich präzisieren.

Politische Situation: Umsatzsteuer ist vom Volke angenommen, aber man hat erklärt, dass man sie nur als tragbar betrachte mit dem Gegengewicht einer direkten Steuer. Die Nachteile sind so gut bekannt, dass wir mit deren Erwähnung nichts Neues sagen. Die wirtschaftlichen Verbände werden wir dann einladen, wenn der Bundesrat Stellung genommen hat.

Auch ich sehe die grösstmöglichen Chancen bei Projekt B. Ich werde sagen, das sind Möglichkeiten, sehen Sie andere? Wir müssen den Weg suchen mit den grössten Vor- und den kleinsten Nachteilen.

Beschluss: Der Bericht wird grundsätzlich genehmigt und das Departement ermächtigt ihn nach erfolgter Abänderung im Sinne der Diskussion an die Mitglieder der Konsultativen Kommission weiterzuleiten.

Herr Rubattel gibt noch einige Aenderungswünsche zum französischen Text bekannt.

Nicht für die Presse.

Einladung Ungarn (20. August 1952).

Herr Petitpierre geht.

Einladung Rumänien (23. August 1952).

Niemand geht, weil nur chargé d'affaires.

Einladung Libanon (29. August 1952).

Herr Rubattel wird abgeordnet.

Milchstatut.

Herr Rubattel: Die Verhandlungen der Konsultativen Kommission haben den Vorteil grösste Begehrlichkeiten zu bremsen.

Ich befürchte, dass sie sich gerne Kompetenzen anmassen will. Wir müssen schauen, dass sie im Rahmen bleibt.

Getreidepreise für 1952.

Herr Weber: Der Bauernverband wünscht eine Aussprache mit einer Delegation des Bundesrates.

Beschluss: Es werden delegiert: HH. Bundesräte Weber und Rubattel. Die Konferenz wird auf den 23. August, 09.00 Uhr, angesetzt.

Die Bundeskanzlei wird einladen.

Nächste Sitzung.

In Aussicht genommen wird der Mittwoch, sofern genug Stoff vorhanden und genügende Zahl von Mitgliedern des Bundesrates kommen kann.

Politisches Dept.: Organisations internationales bénéficiant d'exemption d'impôts (Kleine Anfrage Arnold, Basel).

Agrément pour un nouveau ministre des Etats-Unis du Mexique.

/Volkswirtschaftsd.: Zusammenkunft der gemischten schweizerisch/rumänischen Regierungskommission in Bukarest.

Departement d.Innern: Kleine Anfrage Kämpfen (Wetterbericht der Meteorologischen Zentralanstalt).

Justiz- und Polizei-departement: Kleine Anfrage Munz.

Militärdepartement: Begnadigungsgesuch Stotzer Roland.

Do. Schulthess Paul.

Do. Bachmann Johann.

Do. Gerhard Franz.

Do. Kohler Ernst.

Begnadigungsgesuch Gebrüder Hugo und Hans Abplanalp:

Es wird beschlossen, im französischen Text des Communiqués die Fassung "il n'y a aucune raison" zu ersetzen durch "il n'est pas indiqué, de réduire ...".

Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Schweden.

Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Spanien.

Finanz- und Zoll-departement: Kleine Anfrage Guinand.

Volkswirtschafts-  
departement:

Kompetenzausscheidung und Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Fremdenverkehrswirtschaft.

Erhebung einer zusätzlichen Gebühr von 1/2 % für Auszahlung im Verkehr mit EZU-Ländern.

Commission de surveillance des stations fédérales d'essais arboricoles, viticoles et horticoles.

Wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland.

Wirtschaftsverhandlungen mit Grossbritannien:

Herr Rubattel: Das Abkommen in der Presse schon stark kritisiert. Man wirft uns vor, dass wir nicht hart genug waren. Die Zolltarif- und Handelsvertragskommission wird das Geschäft in Buchs behandeln.

Es bleibt Situation des letzten Jahres. Konnten in Liberalisierung nichts erreichen. Auch bei den bilateralen Kontingenten keine Besserung. Konzession bei Buntmetallen.

Brutalität in der Behandlung der Angelegenheit kann nichts nützen.

Wir haben Vorbehalte gemacht. Wenn wir nicht unser Ansehen schädigen und Retorsionsmassnahmen in Kauf nehmen wollen, können wir nicht weiter gehen.

Die kleine Expertenkommission für den Generalzolltarif ist an der Arbeit.

Transportkostenausgleich für Berggebiete:

Nach erhaltener Aufklärung über die Erhöhung des Kaffeezolles, der in die Bundeskasse geht, wird dem Antrag keine Opposition gemacht, schon mit Rücksicht auf die Befristung bis Ende 1957.

---